

Dieter Klein

Anmerkungen zur Strategie der PDS

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mit ihrem ersten Zukunftsbericht und mit Arbeiten zu theoretischen Grundlagen linker Strategie zu einem **ersten Essential der Strategie** der PDS beigetragen: **Richtungswechsel! Einstieg in einen anderen emanzipatorischen, sozial-ökologischen Entwicklungspfad** in Deutschland und in der EU. Als Alternative zu jenem „Weiter so, nur härter!“, dessen Zwischenstation Hartz IV heißt und das Regierungsparteien, CDU/CSU und FDP zusammenhält. In Erinnerung an Walter Benjamins Überlegung: „Dass es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe!“

Die RLS ermutigt zur Alleinstellung der PDS als einzige Partei im parlamentarischen Raum, die einen anderen Weg als den – wie immer modifizierten – neoliberalen Entwicklungspfad will. Auch für 2006 sehen wir keinen Grund voraus, die PDS einem der beiden Lager zuzuordnen, die jetzt zusammen Hartz IV durchsetzen. Die SPD wird selbst nach ihrer absehbaren Niederlage in Nordrhein Westfalen vorerst unfähig zu einem sozialen Kurswechsel bleiben. Ihr ist das Maß der Gerechtigkeit abhanden gekommen. Ihre Dritten Wege sind zu einer Variante neoliberaler Entwicklung herabgesunken.

Wir hören, Solidarität mit den Protesten gegen Hartz IV sei Populismus und Ausdruck von Reformunfähigkeit. Dieses Urteil ist erstaunlich unqualifiziert. Im konzeptionellen Denken von PDS und RLS ist Widerstand/Protest etwas völlig anderes – nämlich einer von drei Eckpunkten einer strategischen Triade. Der zweite Eckpunkt heißt Gestaltung des gegenwärtig Machbaren. Der dritte Eckpunkt: Öffnung der gegenwärtig hoffentlich realisierbaren Politikangebote für den Anschluss weiterreichender Politik über die Grenzen des Kapitalismus hinaus, für einen Schuss Vision. Die PDS ist in schwierigen Lernprozessen dabei, dieses Dreieck auch in Regierungsverantwortung zur Geltung zu bringen. Die öffentliche Erkennbarkeit als demokratisch-sozialistische Partei fordert ihr ab, zu jeder Zeit alle drei Momente zu vertreten.

Seit 15 Jahren bezeichnet Transformation den Übergang vom Staatssozialismus zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Dies ist bisher das Credo aller hochgeforderten Transformationsforschung und vor allem der praktischen Politik. Die konzeptionelle Arbeit in der RLS läuft darauf hinaus, **den Inhalt von Reformpolitik und Transformation umzukehren** – emanzipatorisch und sozial orientiert. In der RLS wurde ein Verständnis von demokratischem Sozialismus als langer transformatorischer Prozess erarbeitet, das die Philosophie des neuen Programms der PDS trägt.

Von den Ostdeutschen sind in den Montagsdemonstrationen die 1989 die entscheidenden Anstöße für die Transformation als Überwindung des Staatssozialismus ausgegangen, als sie den Herrschenden die Ignoranz der Interessen des Volkes nicht mehr gestatteten.

Die neuen Montagsdemonstrationen sind Vorboten dafür, dass abermals den Herrschenden ihre Abkehr von den Nöten der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bekommen könnte. Dass wir **erste Zeichen für die Möglichkeit einer neuen Transformation der profitdominierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften zu einer anderen Gesellschaft** erleben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass je eine Regierung der Bundesrepublik versuchen musste, mit einem Millionenaufwand um die Deutungshoheit über ein von ihr gerade auf den Weg gebrachtes Gesetz zu kämpfen, weil ihr diese Deutungsmacht entglitt. In den Protesten gegen Hartz IV tritt zutage, dass große Teile der Bevölkerung zwischen sich und „denen da oben“ eine Scheidelinie empfinden, zwischen dem eigenen Verlangen nach Gerechtigkeit und einer ungerechten herrschenden Politik. Wie immer an Scheidewegen der Geschichte: Die meisten werden das Heranreifen von Möglichkeiten der Öffnung zu einer anderen

Gesellschaft als realitätsfern von sich weisen. Doch eine Grunderfahrung aus der Zeit der langen Implosion des Staatssozialismus ist, dass etwas sehr Gefährliches möglich war und ist: Menschen sind in den Grundstrukturen einer gegebenen Gesellschaft sozialisiert und in ihr in irgendeiner Weise zu Hause. Sie hoffen auf die Ideale, die die Machtelite oder auch große Teile der Bevölkerung dieser Gesellschaft zuschreiben. Irgendwann dann stoßen sie auf Fehlentwicklungen. Auf gravierende sogar. Aber die Hoffnung stirbt zu spät. Die herrschende Denk- und Sprechweise sitzt bei vielen zu tief: Vielleicht geht es doch ohne tiefe Brüche ab, wenn man sich nur anstrengt, das Gegebene zu verbessern.

Die einst auf die DDR setzten, haben erfahren, oft bei Strafe des Verlusts ihrer Arbeit und Verantwortung, ihrer Rentenansprüche und ihrer Würde und vor allem der geglaubten Gewissheiten, dass eine Gesellschaft längst verspielt haben kann, während viele oder sogar Mehrheiten noch glauben, sie könne in ihren Grundstrukturen genesen. Aber in Wahrheit stimmt dies schon lange nicht mehr. Hat eine solche Situation inzwischen die Bundesrepublik eingeholt? Ist es dies, was in den Protesten gegen Hartz IV rumort – wenn auch unbewusst?

Ein **zweites Essential der Strategie**, das die RLS in die Politikberatung einbringt: Die PDS muss sich mit eigenem Profil in die Arbeit von alternativen Vernetzungen und Bündnissen einbringen. Ohne **breite Bündnisse** keine Veränderung der Kräfteverhältnisse, ohne dies kein politischer Richtungswechsel. Die PDS ist aus Gründen der Gerechtigkeit und Solidarität in den Protesten gegen Hartz IV engagiert. Sie ist es aber auch mit dieser strategischen Erwägung.

An diesem Eckpunkt ihrer Strategie hat sie hart zu arbeiten, besonders in Westdeutschland. Zu fremd sind der Mehrheit der PDS-Mitglieder nicht selten die Milieus, zu entfernt oft die politischen Kulturen westlich der Elbe, zu unterschiedlich die Erfahrungen und Lebenswelten. Bündnispolitik – eine existenzielle Herausforderung für die PDS und auch für die RLS. Auch deshalb ihre Workshops mit Vertretern sozialer Bewegungen und Gesellschaften, Diskussionen mit Attac-Aktivist*innen in der Zukunftskommission der Stiftung, Engagement der RLS auf den Welt- und Europäischen Sozialforen, Arbeit zu Geschlechtergerechtigkeit und Migrantenproblemen und Beteiligung an unterschiedlichen Netzwerken im europäischen Rahmen.

Das **dritte Essential**: Wer die Richtung ändern will und den Einstieg in einen anderen Entwicklungspfad, muss **konkrete machbare Politikangebote präsentieren**, realisierbare Reformprojekte. Im Raum kritischer Diskurse ist eine Vielzahl von Veränderungsvorschlägen zu sichten. Viele Hüte werden in die Arena möglichen Wandels geworfen – und danach oft nicht mehr dauerhaft verfolgt.

Deshalb haben wir in der RLS das **Konzept konkreter Einstiegsprojekte** in eine alternative gesellschaftliche Entwicklung in die Diskussion eingebracht. Die Identität der PDS als Friedenspartei, als Partei sozialer Gerechtigkeit mit originärer Ostkompetenz soll durch systematische langjährige Konzentration auf wenige solcher Einstiegsprojekte weiter ausgeprägt werden. Ausgearbeitete Vorstellungen liegen für „Wachstum und Beschäftigung“ vor. Weitere ausgewählte Teilprojekte sollten auf den Feldern „Bildung“ und „Steuergerechtigkeit“ liegen.

Ein wichtiges Einstiegsprojekt könnte die schrittweise Einführung einer „bedarfsorientierten individuellen Grundsicherung“ sein. Als individuelles Recht für alle, die ihre Existenz nicht durch eigene Arbeit sichern können oder Arbeit nicht bekommen.

Hartz IV ist der Bruch mit der zentralen westlichen Denkfigur von der individuellen Freiheit. Die Einzelnen werden jetzt zu Elementen einer Bedarfsgemeinschaft, die für sie aufzukommen hat, wie immer variiert. Auf staatlichem Wege und durch ihr Gewissen gegenüber den Menschen in ihrer Umgebung sollen sie zur Aufnahme von Arbeit gezwungen werden, die es für Millionen gar nicht gibt. Dies ist Entwürdigung par excellence

und das am meisten Makabre an Hartz IV. Die Forderung nach Leistungsgerechtigkeit führt sich selbst ad absurdum, wenn die Bedingungen dafür, nach eigenen Fähigkeiten etwas zu leisten, für Millionen fehlen.

Lothar Bisky hat am Montag Grundkorrekturen an Hartz IV vorgeschlagen, darunter die Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II auf 400 Euro. Würde dies für die Betroffenen ohne Haftung anderer und ohne Veränderung der bisherigen Regelungen zur Vermögensanrechnung eingeführt und dem Maßstab angepasst werden, dass die Individualeinkommen insgesamt die relative Armutsgrenze in der reichen Bundesrepublik nicht unterschreiten dürfen, wäre dies ein wichtiger Schritt zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung als Bürgerrecht für alle, die ihr Leben nicht auf eigene Arbeit stützen können. Ein anderer Schritt wäre die Einführung einer altersabhängigen Grundsicherung für Kinder. Das würde der vom Deutschen Kinderschutzbund erwarteten Erhöhung der Zahl der in Armut lebenden Kinder von 1,1 Million auf rund 1,5 Millionen als Ergebnis von Hartz IV entgegen wirken.

Solche Schritte sind gewiss nicht systemsprengend. Gleichwohl weisen sie in eine alternative Richtung. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung wäre ein Rückhalt für ein Nein der Lohnabhängigen zu unzumutbaren Arbeitsangeboten ohne die Gefahr ihres vollständigen sozialen Absturzes. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung stünde für eine Kernsubstanz von Gerechtigkeit: dass allen Menschen das Lebensnotwendige als ihr elementares Recht zusteht – einfach weil sie Menschen sind. Das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen würde zugunsten der Abhängigen verschoben. Zusammen mit der Einführung von Mindestlöhnen würde der Weg zu „Arbeit, billig wie Dreck“ versperrt werden. Gegen das Maß des Profits wird das Maß des Menschen gestärkt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung plädiert in ihrer Arbeit für ein neues Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung: Jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Würde! Allen eine sozial gleiche Teilhabe an den elementaren Bedingungen dafür!